

# „Minimallösungen bringen nichts“

## Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit Heinz Zöchbauer, Liechtensteiner Volksblatt

30. Dezember 2008

---

**Was bringt das neue Jahr für Liechtenstein? Wie schätzt das Fürstenhaus die aktuelle politische Lage ein? Erbprinz Alois gibt im Neujahrsinterview Antworten auf diese und weitere Fragen.**

**Durchlaucht, vor kurzem sind Sie mit den Staatsoberhäuptern von Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammengetroffen. Wie schätzen die Staatsoberhäupter der Nachbarländer die gegenwärtige Situation der Weltpolitik und der Europapolitik ein?**

Das Treffen stand unter dem Eindruck und unter dem Thema der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese wird weltweit als sehr grosse Herausforderung gesehen, welche uns auch noch einige Zeit intensiv beschäftigen wird.

**Sie sind sicher auch gefragt worden, wie die Situation in Liechtenstein aussieht. Was bekamen die drei anderen Staatsoberhäupter zu hören?**

Ich habe erwähnt, dass der Wahlkampf bereits begonnen hat und wir vor wahrscheinlich zwei Volksabstimmungen stehen – mittlerweile sind diese ja definitiv. Dann erklärte ich, dass diese zwei Volksabstimmungen und das Thema Finanzplatz wohl auch die wichtigsten Wahlkampfthemen sein werden. Zusätzlich konnte ich darlegen, dass in Punkto internationale Finanzkrise, unser Staat und auch unsere Finanzinstitute in einer sehr guten, gesunden Position sind. Erläutert habe ich auch die Entwicklung der Steuerdiskussion während der letzten Monate.

**Heissestes Thema in der Bevölkerung ist einmal mehr das Rauchverbot. Plädieren Sie für eine staatliche Regulierung, oder glauben Sie, dass eine Selbstdeklaration der Gastronomie ausreicht?**

Grundsätzlich bin ich kein grosser Freund von staatlichen Regulierungen, wenn es nicht unbedingt notwendig ist. In Europa haben wir tendenziell eher zu viele Regulierungen als zu wenig. Auf der anderen Seite muss man berücksichtigen, dass die Freiheit, die man jedem gönnen möchte, natürlich dort aufhört, wo die Freiheit des anderen beeinträchtigt wird. Beim Rauchen ist dies nicht ganz einfach. Rauchen stört andere Leute - das Passivrauchen kann gesundheitsschädlich sein, daher ist es wichtig, dass man verträgliche Lösungen findet. Es sollte zumindest so sein, dass man unfreiwillige Beeinträchtigungen von anderen ausschliessen kann. Wenn es machbar ist, dass man sich freiwillig in getrennte Räume begibt und auch das Servierpersonal nicht ständig dem Rauch ausgesetzt ist, dann ist eine Selbstdeklaration vorstellbar.

**Wenn das Volk für das Rauchverbot stimmt, sollte dann die Regierung eingreifen.**

Wenn das Volk entschieden hat, sollte dies die Regierung berücksichtigen. Dann sollte man sich an das neue Gesetz halten.

**Liechtenstein setzt sich in der UNO und im Europarat speziell für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Ist das nur der berühmte Tropfen auf einen heißen Stein oder kann ein Kleinstaat etwas bewirken?**

Direkt können wir andere Staaten nicht zur Einhaltung der Menschenrechte bewegen, diesbezüglich tun sich selbst die ganz grossen Staaten schwer. Aber durch unseren Einsatz bei Gremien wie der UNO, wo die Stimme des Kleinsten in gewissen Bereichen gleich wie jene des Grössten zählt, können wir gemeinsam mit anderen schon einiges erreichen.

**Über das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat das Fürstenhaus in Amerika einen Lehrstuhl an einer renommierten Universität eingerichtet. Fliessen von dort auch Impulse zur UNO, die dazu führen könnten, kriegerische Auseinandersetzungen oder gar Bürgerkriege zu verhindern?**

Die Universität Princeton ist in der Nähe der UNO und das Institut wurde bewusst dort eingerichtet, damit man das Naheverhältnis nutzen kann. Es wurden schon verschiedene Konferenzen in enger Zusammenarbeit mit der UNO organisiert. Daher konnte man bereits mehrfach Überlegungen über Selbstbestimmungsrechte, welche von Princeton aus erarbeitet wurden, in die UNO einfliessen lassen und hat mittlerweile einiges erreicht.

**Aussenpolitik ist für einen Kleinstaat auch Aussenwirtschaftspolitik, heisst es. Wenn Sie die jüngste Vergangenheit betrachten, war Liechtenstein erfolgreich?**

Ja, gerade in der allerjüngsten Vergangenheit. Obwohl die internationale Lage schwierig ist, haben wir zum Beispiel mit den USA ein für beide Seiten sehr vernünftiges Abkommen im Bereich des Informationsaustausches in Steuerfragen aushandeln können. Das zeigt, dass wir durchaus erfolgreich Aussenpolitik machen.

**Der Finanzplatz Liechtenstein ist ins Visier verschiedener Länder und internationaler Organisationen geraten. Muss sich Liechtenstein als Kleinstaat dem Diktat der Mächtigeren fügen?**

Wie auch in anderen Bereichen ist die internationale Wirtschaftspolitik ein Geben und Nehmen. Wenn wir freien Zugang in andere Märkte haben wollen, müssen wir im Gegenzug auch etwas geben. Einigen unserer bedeutendsten Wirtschaftspartner ist eine verstärkte Kooperation im Steuerbereich ein wichtiges Anliegen. Da wird ein gewisses Entgegenkommen einfach nötig sein. Den „Fünfer“ und das „Weggli“ gibt es auch in der internationalen Wirtschaftspolitik nicht.

**An einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit der deutschen Steuer-Affäre haben Sie deutliche Worte in Richtung Deutschland gesprochen. Haben Sie Reaktionen darauf erhalten und haben Ihre Worte die Verhandlungen mit der EU beeinflusst?**

Ich habe von verschiedenster Seite – auch aus Deutschland – gehört, dass es richtig und wichtig war, deutlich zu sagen, dass wir die Art und Weise, wie Deutschland gegen uns vorgegangen ist, missbilligen und sie nicht mit unserem Rechtsverständnis übereinstimmt. Ob es auf die Betrugsverhandlungen speziellen Einfluss gehabt hat, kann ich nicht beurteilen. Ich glaube, es war zumindest nicht schlecht, dass die EU-Seite weiss, wie unsere Position zu dieser Frage ist.

**Mit Regierungschef Otmar Hasler teilen Sie die Auffassung, dass Liechtenstein für die Sicherung des Finanzplatzes eine Vorwärtsstrategie brauche. Kann der Finanzplatz in Zukunft noch erfolgreich sein, wenn Schritt für Schritt eine Anpassung an andere Länder erfolgt?**

Ich glaube, wir müssen einen grösseren Schritt nach vorne gehen, um klare Rahmenbedingungen für den Finanzplatz zu schaffen, damit die Finanzinstitute und deren Kunden auf lange Zeiträume hin planen können. Minimallösungen, die in kurzer Zeit wieder geändert werden müssen, helfen uns nicht weiter.

**Welche konkreten Schritte sind als nächstes notwendig?**

Nachdem wir mit den USA ein Abkommen schliessen konnten, ist es nun wichtig, dass wir auch mit den EU-Ländern Vereinbarungen auf die eine oder andere Weise treffen können. Einiges können wir im Rahmen des Betrugsabkommens regeln. Mittelfristig werden wir aber im Rahmen von bilaterale Abkommen bei der Kooperation in Steuerfragen weitergehen müssen und dabei insbesondere vernünftige Lösungen für die gewachsenen Kundenbeziehungen, zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen und zur steuer- und zivilrechtlichen Anerkennung von Stiftungen und Trust finden müssen.

**Finanzplatz Liechtenstein ist ein Kernwahlkampfthema – kann das für den Reformprozess ein Schaden sein?**

In der momentanen Situation hilft es sicherlich nicht, dass dies ein Wahlkampfthema ist, zumal im Wahlkampf der Anteil der parteipolitisch motivierten Halbwahrheiten immer zunimmt, was eine ausgewogene Information der Öffentlichkeit in dieser Frage erschwert. Allerdings ist der Wahlkampf bald vorbei und ich hoffe, dass wir uns dann wieder leichter tun.

**Für den Finanzplatz ist das Projekt «Futuro» entwickelt worden. Wie steht es mit dem Werkplatz – Industrie und Gewerbe?**

Im Bereich des Finanzplatzes war es am dringendsten, so ein Projekt zu starten. Natürlich ist es sinnvoll, auch für Industrie und Gewerbe ähnliches zu prüfen. Mittlerweile gibt es diesbezüglich auch schon Arbeiten. Wobei etliches das bei „Futuro“ erarbeitet wurde, auch den anderen beiden Sektoren zugute kommt.

**Wenn von Projekten wie «Futuro» gesprochen wird, drängt sich der Gedanke auf, dass der Staatshaushalt kleiner ist als der Umsatz der grossen Unternehmen im Finanz- und Produktionsbereich. Kann der Staat überhaupt etwas bewirken?**

Der Staat kann vor allem mit dem Setzen von attraktiven Rahmenbedingungen etwas bewirken. Indem er sicherstellt, dass Rechtsvorschriften wirtschaftsfreundlich sind, ein vernünftiges Steuersystem vorherrscht, die Verwaltung schnell und unbürokratisch agiert und das Bil-

dungssystem gut ist, kann er für die Wirtschaft gute Voraussetzungen schaffen. Dies kann man mit relativ wenig Geld erreichen. Subventionen, wie teils in anderen Staaten üblich, erachte ich nicht als sinnvolle, zielführende Wirtschaftspolitik. Sie sind sehr teuer und verhindern meist sogar notwendige Strukturanpassungen. So werden Unternehmen oft nur „durchgefüttert“ und dringende Anpassungen erfolgen dann später noch weit unangenehmer und härter – das ist die Erfahrung, welche man in anderen Staaten gemacht hat.

**Die Reserven des Staates sind, im Vergleich mit anderen Staaten, beachtlich. Soll der Staat weiterhin Reserven anhäufen oder – gerade in der momentanen Situation -für die Sicherung der Wirtschaft einsetzen?**

Ein reines Anhäufen von Staatsreserven ist nicht im Sinne der Steuerzahler. Der Staat soll den Steuerzahlern nicht Mittel wegnehmen, die sie sonst zweckmässiger einsetzen können. Deshalb haben wir auch Rechtsvorschriften, welche sicherstellen, dass Reserven nur bis zu einer gewissen Höhe angehäuft werden. Andererseits ist es für einen Kleinstaat wie uns durchaus sinnvoll, dass wir Reserven haben.

Derzeit haben wir die grösste internationale Wirtschaftskrise seit den 30iger Jahren, daher stellt sich schon die Frage, wann soll man die Reserven einsetzen, wenn nicht jetzt? Dabei müssen wir uns klug überlegen, was wir tun sollen und nun nicht einfach irgendeine Branche subventionieren.

Meiner Ansicht nach sollte man prüfen, ob man einen Teil der Reserven für die Steuerreform bereit hält. Bei der Steuerreform sollte man trotz der Wirtschaftskrise mit den momentan vorgesehen attraktiven Steuersätzen arbeiten. Sollte das Steueraufkommen wider Erwarten doch niedriger sein, kann man dies dann über die Reserven abpuffern. So ein Einsatz der Reserven würde dann allen Bürgern und Unternehmen zu Gute kommen. Niedrige Steuern helfen dem einzelnen, weil er weniger zahlen muss und schaffen für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein attraktive Rahmenbedingungen.

**In enger Verbindung mit dem Wirtschaftsstandort steht die Aus- und Weiterbildung. Ist Liechtenstein auf dem richtigen Weg, um genügend Personal für die Wirtschaft entsprechend auszubilden?**

Gesamthaft gesehen ist unser Bildungssystem gut. PISA und ähnliche Untersuchungen haben dies ja mehrfach bestätigt. In die Zukunft blickend sollten wir aber einiges reformieren, gerade was die Schulbildung betrifft. Unser System ist sehr stark zentralistisch und dadurch schwerfällig für Anpassungen. Wir sollten unser Bildungssystem dezentralisieren, den Schulen weitgehende Autonomie geben und den Eltern und Kindern Wahlfreiheit bezüglich Schulen geben. Dies würde den Schulen erlauben, sich auf neue Anforderungen viel schneller umzustellen, wenn dies notwendig ist. Heute dauern erforderliche Umstellungen viel zu lange und das werden wir uns in der Zukunft nicht mehr leisten können.

**Dass eine Reform der Sekundarstufe I nötig ist, daran besteht parteiübergreifend kein Zweifel. Ist SPES I in der geplanten Form der richtige Weg, oder verstehen Sie die Sorgen und Zweifel der SPES-I-Kritiker?**

SPES I bringt sicher viele gute Ansätze und Ideen. Ich glaube aber, dass, so wie es jetzt geplant ist, berechnete Zweifel bestehen. Einerseits halte ich die Abschaffung des Langzeitgymnasiums für falsch. Es sollte nicht Aufgabe der Behörden oder gar der anderen Schulen

sein, zu sagen, ob man eine Schule oder spezielle Schulform braucht oder nicht. Dies sollte die Nachfrage der Eltern und deren Kinder bestimmen. Andererseits braucht es weitergehende Reformen, damit Profilschulen gut funktionieren können. Die Schulen brauchen umfassende Autonomie, die Eltern und Schüler volle Wahlfreiheit bezüglich der Schulen und es braucht eine andere Finanzierung der Schule. Ich habe mich mit dem Thema in den letzten Jahren intensiv befasst, ein Konzept dazu ausgearbeitet und es mit Vertretern der Regierung und des Schulamtes diskutiert. Wie auch immer die Volksabstimmung über SPES I ausgeht, ich bin überzeugt, dass wir schnell eine Reform der Schulfinanzierung brauchen, um ein wirklich zukunftsweisendes Bildungssystem zu erhalten.

**Liechtenstein soll zum «Wissensstandort» werden. Verschiedene Projekte sind in Ansätzen bekannt geworden, was man tun könnte. Was stellen Sie sich unter dem «Wissensstandort Liechtenstein» vor?**

Wenn Liechtenstein zum „Wissensstandort“ werden soll, dann bedeutet dies für mich, dass im Zeitalter des globalen Wettbewerbs das „Wissen“ immer wichtiger für den Erfolg eines Standortes sein wird. Das heisst, dass wir einerseits ganz allgemein eine hervorragend ausgebildete Bevölkerung brauchen, andererseits aber auch der Zugang zu Spezialwissen gesichert sein sollte. Dazu müssen wir uns für Fachkräfte aus dem Ausland öffnen, die das entsprechende Wissen mitbringen, und wir müssen uns mit den führenden Universitäten vernetzen oder dort, wo es um spezifisch liechtensteinisches Wissen geht, dieses durch eigene wissenschaftliche Anstrengungen ausbauen

**Auch die Forschung soll in Liechtenstein intensiviert werden. Wie sieht Ihr Modell vom «Forschungsstandort Liechtenstein» aus?**

In Liechtenstein wird in die Forschung so viel investiert wie kaum in einem anderen Land. Allerdings erfolgt diese vor allem durch unsere Industrie, in den für sie relevanten Bereichen. Momentan wird die Frage gestellt, ob nicht die Forschung in Liechtenstein wie in anderen Staaten stärker durch staatliche Mittel gefördert werden sollte. Meiner Meinung nach sollte sich dies auf jene Bereiche beschränken, die sicher nicht durch andere abgedeckt werden, wie z.B. das liechtensteinische Gesellschaftsrecht und Steuerrecht. Dies würde gleichzeitig erlauben, die Finanzdienstleister noch besser auf eine Zeit des vermehrten Informationsaustausches in Steuerfragen vorbereiten zu können.

**In der jetzigen Situation ist es schwierig, Prognosen für das Jahr 2009 zu stellen, dafür aber umso reizvoller. Was prognostizieren Sie, gleitet die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession und bleibt über längere Zeit in einer rezessiven Phase oder erholt sich die Weltwirtschaft wieder nach der Jahreshälfte?**

Meiner Ansicht nach wird es schon länger als ein halbes Jahr brauchen bis sich die Weltwirtschaft wieder erholt. Ich rechne eher mit 2-3 Jahren.

**Bleibt Liechtenstein von schweren Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Abkühlung verschont oder muss auch Liechtenstein den Gürtel enger schnallen?**

Auch wir werden von der weltwirtschaftlichen Abkühlung betroffen sein. Unsere Industrie wird für einige Zeit weniger exportieren können und die schlechten Märkte bedeuten einen Rückgang der Kundenvermögen und geringere Umsätze für unsere Finanzunternehmen. Daraus folgen weniger Aufträge an das Gewerbe und geringere Steuereinnahmen für den

Staat. Allerdings haben wir weiterhin sehr attraktive Rahmenbedingungen in Liechtenstein, so dass es uns im Vergleich zu anderen Staaten noch verhältnismässig gut gehen sollte.

**Am 6. und 8. Februar wählt Liechtenstein den neuen Landtag. Die Grossparteien FBP und VU sprechen sich weiterhin für eine Grosse Koalition aus. Der einzig sinnvolle Weg, oder könnten Sie auch einer Kleinen Koalition Positives abgewinnen?**

Eine Kleine Koalition ist denkbar, allerdings halte ich es eher für unwahrscheinlich, dass es dazu kommen wird. Die Positionen der Fortschrittlichen Bürgerpartei und der Vaterländischen Union sind doch viel näher, als jene zur Freien Liste. Ich glaube auch, dass gerade jetzt, in diesen schwierigen Zeiten, von der Bevölkerung der Wunsch in Richtung grosse Koalition stark sein wird und dies daher die wahrscheinlichste Regierungsform sein wird.

**Welche grossen Aufgaben warten auf den nächsten Landtag?**

Die Fragen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und die Neuausrichtung des Finanzplatzes mit der Vorbereitung für die Zeit des vermehrten Informationsaustausches in Steuerfragen werden zentral sein. Andere wichtige Themen werden die Steuerreform, Reformen im Bildungsbereich, der Alters- und Gesundheitsvorsorge sowie die Trennung von Kirche und Staat sein. Schliesslich wäre eine Regierungs- und Verwaltungsreform nötig, um diese Reformen auch gut erarbeiten und umsetzen zu können - dazu gab es unter der jetzigen Regierung schon gewisse Vorarbeiten.

**Prognosen sind oft zugleich auch Hoffnungen. Gibt es Hoffnungen, die Sie für das Jahr 2009 für Liechtenstein haben?**

Ich hoffe, dass die Neuausrichtung des Finanzplatzes gut gelingt. Wir sind da zwar in einer nicht ganz einfachen Konstellation, aber man hat in den letzten Jahren doch gute Vorbereitungen treffen können. Wenn wir die notwendigen Reformen jetzt angehen, sind wir gut aufgestellt.

**Wenn eine gute Fee kommen und das Angebot machen würde, Ihnen drei Wünsche für das Jahr 2009 zu erfüllen – was würden Sie spontan wünschen?**

Aus staatlicher Sicht eine erfolgreiche Neuausrichtung des Finanzplatzes, die Umsetzung der Steuerreform und weitreichende Schritte in Richtung eines zukunftsweisenden Bildungssystems.